

## Antrag der AfD-Fraktion "Aufnahmestopp von weiteren Asylsuchenden und Flüchtlingen"

<i>Organisationseinheit:</i> 56 Eigenbetrieb Celler Zuwanderungsagentur <i>Zuständigkeit:</i> Stadtrat Sebastian Stottmeier	<i>Datum:</i> 10.02.2025
--	-----------------------------

**Ziele:**

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Betriebsausschuss der Celler Zuwanderungsagentur	26.02.2025	Ö
Verwaltungsausschuss	11.03.2025	N
Rat der Stadt Celle	03.04.2025	Ö

**Beschlussvorschlag:**

**Der Beschlussvorschlag wird in der Sitzung formuliert.**

**Sachverhalt:**

Die rechtlichen Verpflichtungen zur Aufnahme von Asylsuchenden sind auf bundes- und landesrechtlicher Ebene geregelt. Seit Jahren hat die Verwaltung wiederkehrend Zuweisungen in die Stadt Celle abgewendet, um einen Ausgleich der Quotenerfüllung der Kommunen zu erreichen. Aktuell liegt der prozentuale Quotenerfüllungsgrad der Stadt Celle wieder deutlich höher als der anderer Landkreismunicipalitäten, sodass keine reguläre Zuweisung in das Stadtgebiet erfolgt. Aus dem Erfüllungsgrad der Quoten der Landkreismunicipalitäten lässt sich darüber hinaus ablesen, dass trotz teilweise öffentlichkeitswirksamer Bekenntnisse keine Aufnahme in einer Anzahl erfolgte, welche die jeweilige Quote erfüllt oder gar über diese hinausgeht.

Gegen Zuweisungen, die gemäß der landesweit festgelegten Quote verpflichtend vorzunehmen sind, hat die Stadt Celle jedoch keine rechtliche Möglichkeit zu intervenieren. Somit besteht für eine Mitteilung an die Bundesregierung, in Celle generell keine Geflüchteten mehr aufzunehmen, keine rechtliche Grundlage.

Die Verwaltung hat auf Verbandsebene sowie an die Landesregierung stetig kommuniziert, dass die kommunale Ebene mit weiteren Aufnahmen überfordert ist und diese keine weitere, gelingende Integration mehr sicherstellen kann. Es wurden stets die bestehenden Belastungen deutlich gemacht und zusätzliche finanzielle Mittel eingefordert. Auch künftig wird die Verwaltung darauf drängen, dass der Stadt Celle ausreichende finanzielle und organisatorische Ausstattung zur Verfügung gestellt wird, um gesetzlich verpflichtende Aufnahmen bewältigen zu können.

**Anlage/n**

1	Antrag-AN-0229-24
---	-------------------

--	--

Antrag Nr. AN/0229 124

Eingang: 15.09.2024



AfD-Fraktion im Rat der Stadt Celle

Herr Dr. Jörg-Daniel Nigge  
Oberbürgermeister  
Am Französischen Garten 1  
29221 Celle

Celle, 15.09.2024

### **Antrag zum Aufnahmestopp von weiteren Asylsuchenden und Flüchtlingen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die AfD-Fraktion beantragt, der Rat möge Folgendes beschließen:

Der Rat bittet Oberbürgermeister Dr. Nigge der Bundesregierung mitzuteilen, dass Celle nicht mehr in der Lage ist, weitere Asylsuchende und Flüchtlinge aufzunehmen und fordert von der Bundesregierung hiermit ein Moratorium auf Dauer von mindestens 10 Jahren für weitere Aufnahmen.

Des Weiteren appelliert der Rat an die Bundesregierung, sich für die Bekämpfung der Fluchtursachen und für die Verbesserung der Situation für die Menschen vor Ort bzw. in den unmittelbaren Nachbarländern einzusetzen - dort wo es am effektivsten wäre.

#### **Begründung:**

Aus der städtischen Mitteilungsvorlage Nr. AN/0143/24-001 geht hervor, dass per 30.06.2024 in Celle 3555 ehemals asylsuchende, geflüchtete oder „schuttsuchende“ Personen gemeldet waren. Hinzu kommt noch eine unbekannte Zahl von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die von anderen Kommunen in Celle ohne Wissen der Stadtverwaltung untergebracht sind. Die in der Stadt lebenden 3555 (ehemals) Asylsuchende entsprechen über 5 % und in den Altersgruppen unter 25 Jahren sind es sogar rund 10% der Celler Stadtbewohner. Die Zahlen zeigen deutlich, dass die Grenze, bei der die Gesellschaft die Menschen vernünftig integrieren kann, schon längst überschritten ist. Erschwerend kommt dazu, dass der überwiegende Teil der Asylsuchenden aus ganz anderen Kulturkreisen stammt und bis jetzt nur sehr wenig mit den europäischen Werten anfangen kann.

Wir erwarten, dass gerade die Parteien, die in den großen Medien aktuell flächendeckende Kontrollen der deutschen Grenzen und eine 180-Grad Wende bei der Asylpolitik fordern unseren Antrag unterstützen werden.

Mit freundlichem Gruß

---

Anatoli Trenkenschu  
(Fraktionsvorsitzender)